



Konrad
Adenauer
Stiftung

Europäische Grundsatzreden von 1946 bis 2006

Nicolas Sarkozy

Konrad-Adenauer-Stiftung/Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik

Berlin, 16. Februar 2006

Meine Damen und Herren,

es ist eine große Freude für mich, heute hier in Berlin zu sein, dem Ort, der für alle Europäer voller Symbolik ist, steht er doch für die Verletzungen, die Zweifel und die Hoffnungen unseres Kontinents. Berlin ist das Symbol an sich für den Erfolg des europäischen Projekts: Wohlstand natürlich, aber auch die Verwirklichung des Friedens durch den Abbau des „eisernen Vorhangs“. Die Europäische Union – das sind mit heute 25 und bald 27 fortgeschrittene Demokratien. Die Wiedervereinigung des Kontinents in Freiheit und mit demokratischen Werten ist erreicht, und das ist ein historischer Erfolg. Aber sagen wir gleich, wie es ist: Europa braucht neue Impulse, neue Projekte, und dazu sind effiziente Institutionen ebenso erforderlich wie stabile Grenzen.

Was wollen wir aus Europa machen? Wozu soll das europäische Projekt dienen? Ich denke, es ist höchste Zeit, zu versuchen, ohne Pessimismus, aber auch ohne Illusionen und Arroganz Antworten darauf zu finden.

Wir müssen Europa eine Vision geben. Jeder sieht, dass die föderalistische Perspektive der Vereinigten Staaten von Europa, wie die Gründerväter sie sich vorgestellt haben, auf das große Hindernis der Mitgliederzahl stößt, die jetzt zu hoch ist, als dass eine wirkliche Vertiefung dieser Union möglich wäre. Die Staaten hatten mehr oder weniger leicht akzeptiert, nationale Zuständigkeiten mit einigen Partnern zu teilen, weil die Völker diese Entscheidungen nachvollziehen konnten. Bei den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden haben wir jedoch gesehen, dass die Völker nicht mehr hinnehmen, dass sich ihre Identität und ihre politischen und kulturellen Bezugspunkte in diesem Gebäude verlieren. Wie sollte man das nicht verstehen? Es ist so groß, dass sie seine Grenzen nicht mehr sehen, umso mehr, als niemand sie festgelegt hat. Dieses Bauwerk ist so undurchsichtig geworden, dass sie weder die hier herrschenden Regeln, noch die angestrebten Ziele verstehen. Die Verantwortung ist hier so wenig identifizierbar, dass sie nicht mehr wissen, von wem sie Rechenschaft verlangen können. Und nicht zuletzt ist



diese Union manchmal so wenig effizient, wenn es darum geht, Lösungen für ihre Probleme zu finden, dass sie nicht einmal mehr auf ihr Handeln hoffen. Ich denke sogar, sie fürchten es manchmal, was schlimm genug ist. Europa, das als Schutz gedacht war, wirkt jetzt auf viele Europäer bedrohlich.

Sie können jetzt sagen, dies sei nur die Analyse eines Franzosen, und wie gewöhnlich versuchen die Franzosen, ihren besonderen Fall zu verallgemeinern. Dazu möchte ich sagen, dass ich nur versuche, dieses klar zu betrachten. Und nicht nur, wenn es um die Entscheidung der Franzosen geht. Wenn die britische, irische, dänische, tschechische und auch die polnische Regierung beschlossen haben, kein Referendum abzuhalten, dann auch, weil sie spüren, dass die öffentliche Meinung stark von dem europäischen Projekt, das sie ihr zur Abstimmung vorlegen müssten, abweicht. Und wenn anderswo Volksabstimmungen stattgefunden hätten: Wären sie überall positiv ausgegangen?

Unsere Aufgabe ist es also, Europa wieder populär, bürgernah, zugänglich und verständlich zu machen. Wie wecken wir bei den Europäern wieder Vertrauen in dieses gemeinsame Haus? Gewiss indem wir akzeptieren, dass das Projekt der Gründerväter der Zeit angepasst wird, und zwar einfach durch die Vorstellung, dass dieses Gebäude effizient ist, dass es den Interessen der europäischen Bürger dient, dass es da greift, wo es mehr Nutzen bringt als nationale und regionale Kompetenzen. Nun muss man zugeben, dass wir manchmal ungeachtet der Effizienz in der Integration zu weit gegangen sind. Umgekehrt sind wir in anderen Bereichen zu zaghaft, auch da, wo wir Risiken hätten eingehen und akzeptieren müssen, dass die Staaten ihre Anstrengungen bündeln, damit wir weltweit wettbewerbsfähig sind. Wir müssen also die Beziehungen zwischen der EU und den Einzelstaaten den neuen Gegebenheiten anpassen.

Ich will nur einige Beispiele nennen: In Steuersachen sind wir mit der Harmonisierung der Mehrwertsteuer für Waren und Dienstleistungen, die nicht dem europäischen Wettbewerb unterliegen, zu weit gegangen; und nicht weit genug mit der Harmonisierung der Steuern auf Waren und Dienstleistungen, die dem Wettbewerb unterliegen. Mit dem

Ergebnis, dass die Regierungen nicht flexibel handeln können, um die Schaffung von Arbeitsplätzen in bestimmten Sektoren zu fördern, wo doch eine solche Politik die Abläufe im Binnenmarkt von Natur aus nicht beeinträchtigen würde. Dagegen können sich die Staaten, um Unternehmen anzulocken, einen destruktiven steuerlichen Wettbewerb liefern und dazu manchmal den Unternehmenssteuersatz auf Null heruntersetzen. Machen wir uns doch nicht vor, dass unsere Mitbürger nicht sehen, wie unlogisch und ungerecht das ist. Wir müssen wieder zum gesunden Menschenverstand zurückfinden und unverzüglich die Kompetenzen zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen und den Einzelstaaten klären, und zwar nach den Grundsätzen, die Helmut Kohl so wichtig waren und die auch die CDU vertritt, nämlich Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit: Europa da, wo es nötig ist, soviel wie nötig aber nicht mehr als nötig.

Umgekehrt gibt es viele Bereiche, in denen wir einen Gewinn hätten, wenn wir wirklich europäische Politiken planen und umsetzen würden. Wer sieht nicht, dass wir, angesichts der zunehmenden Unsicherheiten und Gefahren in Nahost, angesichts des starken Wachstums in China und Indien, welche zu einem enormen Preisdruck führen, unverzüglich eine europäische Energiepolitik brauchen? Wir müssen anfangen, unsere Abhängigkeit vom Öl zu vermindern. Wir müssen schnell und in beträchtlichem Umfang die Treibhausgasemissionen verringern, die zur Erderwärmung führen. Wir müssen über die Zukunft der Kernkraft diskutieren, wobei es keine Tabus geben darf, und uns vorbehaltlos für die Wasserstoffforschung einsetzen. Wir müssen auch Energiereserven für die kommenden Generationen anlegen, und dazu müssen wir weiterhin Fortschritte bei den Techniken machen, die Energie sparen, und ihnen eine industrielle Überlebensfähigkeit zusichern.

Wenn wir in Sachen Innovation unsere Anstrengungen in einigen Schlüsselbereichen nicht auf europäischer Ebene bündeln, werden Deutschland, Frankreich und mit ihnen ganz Europa einige wichtige technische Fortschritte verpassen. Muss daran erinnert werden, dass die Vereinigten Staaten jährlich 100 Milliarden Euro mehr als die Länder

der Europäischen Union für Forschung und Entwicklung ausgeben, also soviel wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen? Wenn wir weiterhin jeder für sich arbeiten, dann geraten wir noch weiter in eine Wirtschaft des Kopierens und entfernen uns noch weiter von einer Wirtschaft der Innovation.

*

Wir brauchen auch eine wirklich europäische Verteidigung. Die NATO wird aufgrund ihrer Stärke immer ein unverzichtbares Instrument sein, das uns eine starke Bindung zu unseren amerikanischen Partnern sichert. Aber wir Europäer müssen weiter an einem Instrument bauen, mit dem wir den Frieden in Europa sichern und Stabilisierungsaufgaben außerhalb Europas übernehmen können, und zwar in allen Fällen, in denen wir beschließen, alleine zu handeln. Wir müssen also unsere gemeinsamen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung verstärken. Die Europäer müssen wissen, dass sie in erster Linie für ihre Sicherheit sorgen müssen.

*

Wir müssen unsere gemeinsamen Mittel zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Einwanderung verstärken. Die Schaffung eines Raums des freien Waren- und Personenverkehrs ist ein Fortschritt, den wir jeden Tag zu schätzen wissen. Aber wir haben daraus noch nicht alle Schlussfolgerungen gezogen. Wir müssen Auslieferungen noch erleichtern. Wie soll man hinnehmen, dass es Schwierigkeiten zwischen unseren Ländern gibt, wenn es darum geht, der Justiz eines anderen Staates Personen zu überstellen, die von ihr eingefordert werden? Wir müssen unsere Strafprozessregeln harmonisieren, damit wir den Weg für eine europäische Grenzpolizei ebnen. Wir müssen auch unsere Asylprüfverfahren vereinheitlichen, über gemeinsame Konsulate für die Staaten des Schengen-Raums nachdenken, die Bedingungen für die Familienzusammenführung harmonisieren, die gleichen Regeln aufstellen, um die besten ausländischen Studenten nach Europa zu holen, ohne jedoch die Eliten aus den Ländern des Südens abziehen, und wir müssen eine einheitliche Front gegen die Schleuserkriminalität bilden.

*

Ich glaube auch, dass das europäische Projekt nur Sinn macht, wenn es uns die Möglichkeit gibt, die Globalisierung besser zu nutzen und unsere Bürger besser vor den Auswüchsen dieser Globalisierung zu schützen. Glauben Sie nicht, dass ich der protektionistischen Versuchung erliege. Aber ich halte es für unverzichtbar, dass die EU ihre Wirtschaftsinteressen im Welthandel gegenüber jeglicher Form des unlauteren Wettbewerbs vertritt. Wir müssen auch die Gemeinschaftspräferenz ausspielen, indem wir zum Beispiel europäische öffentliche Aufträge vorrangig auf europäische Unternehmen und einen Teil davon auf kleine und mittlere Betriebe lenken. Dann müssen wir – und ich weiß, dass dies eine Debatte zwischen Deutschen und Franzosen ist – die Anwendung der Wettbewerbsregeln anpassen, um die Bildung von europäischen Verbänden zu ermöglichen. Die europäischen Wettbewerbsregeln machen es heute offenbar nicht möglich, sich einer Übernahme von Arcelor durch Mittal Steel oder von Pechiney durch Alcan zu widersetzen. Dagegen widersprechen sie einer Annäherung zwischen Schneider und Legrand, und sie würden auch einer Allianz zwischen ThyssenKrupp und Arcelor entgegenstehen. Natürlich hat keiner Interesse an der Bildung von Monopolen oder wettbewerbsfeindlichen Positionen. Auch steht für die öffentliche Hand außer Frage, sich in zu gewagten Industrieprojekten zu engagieren. Aber angesichts von Wirtschaftsakteuren, die selbst den Zusammenschluss suchen, um stärker zu werden, kann Europa nicht auf seinem Territorium allein solche Zusammenschlüsse verhindern, was angesichts eines globalisierten Wettbewerbs fatal wäre. Eine solche Politik setzt die europäischen Unternehmen einer Übernahme durch mächtigere ausländische Konkurrenten aus, wobei solche Übernahmen oft die Abwanderung von Entscheidungszentren weg von Europa zur Folge haben. Europa muss seine Interessen vertreten und nicht abstrakte Werte.

Wie soll das geschehen? Das deutsch-französische Paar hat es oft ermöglicht, voranzukommen, als das europäische Aufbauwerk blockiert zu sein schien. Der deutschfranzösische Motor, das sage ich vor der Konrad Adenauer Stiftung, ist eine Errungenschaft, ein Kapital, das wir für Europa gewinnbringend einsetzen müssen. Aber sicherlich in

größerem Einklang als vorher. Schon lange teile ich mit Angela Merkel die gleiche Vorstellung von dem deutsch-französischen Paar. Unter den folgenden zwei Bedingungen war es bisher am effektivsten: wenige Mitgliedsstaaten und ein altruistisches Vorgehen im Dienste des Gemeinschaftswohls. Das deutsch-französische Paar muss Ideen hervorbringen, um Europa voranzubringen, nicht nur um die deutschen und die französischen Positionen zu verteidigen. Zu diesem Thema sage ich, dass die gemeinsame Rolle Angela Merkels und Jacques Chiracs bei der Suche nach einem Kompromiss bei den Verhandlungen über die Finanzperspektiven der Europäischen Union eine bedeutende war, und ich begrüße das persönliche Engagement der Kanzlerin, das Deutschland zur Ehre gereicht.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es mit 25 Mitgliedern logischerweise schwierig geworden ist, schnell eine klare Entscheidung zu treffen. Da ich diese Entscheidungsunfähigkeit erlebt habe, habe ich die Initiative ergriffen, die G5 der Innenminister zu gründen. Diese G5, die ich auch auf Polen erweitern wollte, was mein Freund Wolfgang Schäuble akzeptiert hat, als er wieder Regierungsmitglied wurde, hat sich als informelle und pragmatische Lösung für die Untätigkeit Europas erwiesen. Ich habe mir Folgendes angewöhnt: Was funktioniert, behalte ich, und ich schiebe es nicht mit dem Argument beiseite, dass es Tabus brechen würde. Aber ich will hier ganz klar sein: Es handelt sich nicht um eine Institution, es geht nicht darum, die „kleinen Staaten“ auszugrenzen. Es geht darum, informell Initiativen für den Rat der Europäischen Union vorzubereiten und gegebenenfalls andere große oder kleine Staaten, die an dem ein oder anderen Thema interessiert wären, in die Beratungen einzubeziehen. Denn jedem ist angesichts ihrer historischen Rolle klar, was die kleinen Länder zum Aufbau Europas beitragen können. Und wie jeder weiß, erfolgen alle gemeinschaftlichen Entscheidungen über eine Abstimmung des Rates und erfordern also eine Mehrheit. Niemand muss sich also vor einem Direktorium der Großen fürchten.

Trotz allem bekräftige ich, dass das Europa mit 25 Mitgliedern einen neuen Motor braucht. Dass die sechs großen europäischen Länder Verantwortung übernehmen und gleichzeitig dafür sorgen, all diejenigen an ihrem Handeln zu beteiligen, die vorangehen wollen. Ich denke hier an Belgien und Luxemburg, die sich Deutschland, Spanien und



Frankreich angeschlossen haben, um beispielsweise das Eurokorps zu bilden. Ich denke auch an Portugal und die Niederlande, die sich Spanien, Italien und Frankreich angeschlossen haben, um die Europäische Gendarmerie-Truppe zu gründen.

Und die G6 ist nicht die einzige kleinere Gruppe innerhalb Europas und ist nicht unbedingt dazu geeignet, alle Themen abzudecken. In anderen Zusammensetzungen müssen andere Dinge geleistet werden. So habe ich mich dafür stark gemacht, das Funktionieren der Eurogruppe zu modernisieren, zu der weder Großbritannien noch Polen gehören.

Ich weiß, dass Angela Merkel, wie vor ihr auch Helmut Kohl, sich sehr für die Achtung der Prärogativen und der Stimme jedes Mitgliedsstaates einsetzt. Ich teile dieses Anliegen mit ihr. Ich will sogar sagen, dass Frankreich, wenn es seinen Einfluss in Europa wieder erlangen will, unbedingt mit all seinen Verbündeten intensive Kontakte haben und sich seinen neuen Partnern im Osten öffnen muss. Das wollte ich im Übrigen mit meinen Besuchen in den vergangenen Jahren in Ungarn, in der Tschechischen Republik und in Polen erreichen. Ich denke nicht nostalgisch an das Europa zu sechst zurück. Im Gegenteil: Ich bewundere den Mut, mit dem unsere neuen Partner im Osten in den letzten Jahren die wirtschaftlichen Reformen durchgeführt haben, die für uns alle unerlässlich sind. Ich füge hinzu, dass die Handelsfreiheit zwischen 450 Millionen Menschen unser Wachstum nur stärken und den Reichtum Europas nur vermehren kann, zudem die Wirtschaft der neuen Mitgliedsstaaten oft um einiges dynamischer ist als unsere.

Ich kann nicht in Berlin sein, ohne meine grundlegenden Gedanken über den Verfassungsvertrag mitzuteilen. Ich denke, dass man dieses Thema offen ansprechen muss, ohne sich etwas vorzumachen und ohne leere Worte zu benutzen. Zwischen so engen Freunden wie es Deutschland und Frankreich sind, kann und muss man sich sogar die Wahrheit sagen. Ich habe mit Angela Merkel darüber gesprochen. Meiner Meinung nach wird der Verfassungsvertrag nicht in seiner derzeitigen Form in Kraft treten, was ich sehr bedauere. Ich habe mich Monate lang, während der gesamten Kampagne zur Volksabstimmung, für das Ja stark gemacht. Ich bin stolz darauf, dass meine politische Familie



diese Botschaft verstanden hat. Die Anhänger der UMP haben mit 85% für das Ja gestimmt. Aber die Abstimmung der Franzosen war klar: Auf die Frage „Stimmen Sie für den Gesetzentwurf, der die Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa zulässt?“ antworteten fast 55% der französischen Bürgerinnen und Bürger mit Nein. Einige Tage später fiel die Abstimmung in den Niederlanden noch klarer aus.

Ob es uns gefällt oder nicht, an diese Ergebnisse müssen wir uns halten. Der politische Verantwortliche Frankreichs, der ich bin, sowieso. Aber auch die 25 Mitgliedsstaaten der EU. Natürlich respektiere ich die positive Abstimmung in 13 Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland. Für mich haben sie den gleichen demokratischen Wert wie die Abstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden. Aber auf rechtlicher Ebene ist es anders. Die Rechtsvorschriften, die in Teil 4 des Vertrags präzisiert werden, sind klar, und wir als Anhänger des Verfassungsvertrages haben dies dem französischen Volk wiederholt klargemacht. Der Verfassungsvertrag kann nur in Kraft treten, wenn er von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert wird. Wir wissen nun, dass dies nicht der Fall sein wird. Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir die Franzosen und Niederländer dazu bringen könnten, ein zweites Mal über den gleichen Text abzustimmen - so klar wie ihre erste Abstimmung war. Frankreich schuldet seinen Partnern Klarheit. Ich werde jedenfalls nicht derjenige sein, der den Franzosen sagt, sie hätten die Frage, die ihnen gestellt wurde, falsch verstanden. Aber ich weiß auch, dass jeder neue Text Gegenstand einer Ratifizierung eben dieser Form in vielen Ländern sein muss. Eine neue Abstimmung wird beispielsweise in Spanien notwendig sein.

Heißt das, dass die Arbeit des Reformkonvents unter der Leitung von Valéry Giscard d'Estaing und der anschließenden Regierungskonferenz umsonst war? Nein, denn es wurde eine beachtliche Arbeit geleistet, die nicht in Vergessenheit geraten wird. Muss man sich mit den derzeitigen Verträgen zufrieden geben, deren Unzulänglichkeiten wir alle, und ich an erster Stelle, betont haben? Sicherlich nicht. Wir müssen die im Verfassungsentwurf enthaltene Forderung nach institutionellen Fortschritten bewahren und schnell effiziente Regeln für das Funktionieren der Union aufstellen. Wir müssen also ganz klar die Arbeiten wieder aufnehmen.

Wie können wir also aus der derzeitigen Blockade gelangen?

Die einzige Möglichkeit ist, Schritt für Schritt vorwärts zu gehen, die Schwierigkeiten nach und nach zu lösen und dabei eine klare Perspektive zu schaffen. So geht übrigens das europäische Aufbauwerk seit Jean Monnet voran. Ich schlage ein Vorgehen in drei Etappen vor:

1. Zunächst, das bedeutet sofort, sollten wir schnellstens die Funktion der Institutionen in den Punkten verbessern, die keine Abänderung der bestehenden Verträge verlangen. Das hat Staatspräsident Chirac vorgeschlagen. Ich denke zum Beispiel an eine größere Transparenz der Arbeiten des Rates, an das Initiativrecht der Bürger, das durch ein einfaches politisches Engagement der Kommission ausgelöst werden könnte. Ich denke auch an Artikel 42 des Vertrags über die Europäische Union, der durch eine einstimmige Abstimmung ermöglicht, die gesamte rechtliche Zusammenarbeit im Bereich des Strafrechts dem System der qualifizierten Mehrheit zu unterstellen. Leichtere Entscheidungsprozesse könnten uns ermöglichen, wirksamer gegen grenzübergreifende Kriminalität vorzugehen. Warum also nicht sich dieser „Übergangsklausel“ bedienen, wo wir uns doch beim Entwurf des Verfassungsvertrages bei diesem Punkt geeinigt hatten?

2. Andere dringende, wenn auch punktuelle, Reformen auf der Ebene der Verträge: Dazu sind wir kraft der Verträge selbst gezwungen. Ich erinnere daran, dass der Vertrag von Nizza eine Begrenzung der Kommissionsmitglieder für 2009 vorsieht, die es noch zu organisieren gilt. In jedem Fall müssen wir den Vertrag spätestens 2008 ändern, um 2009 damit fertig zu sein.

Nutzen wir dies aus! Während der Kampagne für die Volksabstimmung fanden bestimmte Punkte des Verfassungsvertrags große Zustimmung bei der Linken und der Rechten. Ich denke hier an die doppelte Mehrheit, an die nicht ständig wechselnde Präsidentschaft des Europäischen Rates, an die Ausdehnung des Mitentscheidungsrechts und der qualifizierten Mehrheit, an den Posten eines europäischen Außenministers und schließlich an die Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips der nationalen Parlamente anhand des Frühwarnsystems.

Diese Reformen könnten die Form eines Textes annehmen, der auf 10 oder 15 wichtige Artikel beschränkt ist und über den schnellstmöglich verhandelt werden soll, damit die Europäische Union die Mittel erhält, ihre Wirksamkeit zurückzuerlangen. Ein Auswertungsausschuss könnte schon in diesem Jahr die europäischen Hauptstädte aufsuchen, um mit den Regierungen, Parlamenten und politischen Parteien zusammenzukommen. Und warum sollte dieser Auswertungsausschuss nicht aus Persönlichkeiten aus EVP und SPE bestehen?

Man hält mir entgegen, dass die Verhandlung über diesen „Vertrag für ein besseres Funktionieren der EU“ an sich schwierig sein wird, da jeder Mitgliedsstaat in diesen Text das aufnehmen wolle, was ihm selbst am wichtigsten ist, und dass man deswegen risikiere, einen langen und dem Verfassungstext nahen Vertrag zu erhalten. Dieses Risiko müssen wir aber eingehen, denn ich sehe keine andere Lösung, schnell aus der momentanen Sackgasse zu gelangen.

3. Wenn diese Reformen notwendig sind für das effiziente Funktionieren Europas mit 25 oder sogar 27 Mitgliedern, müssen wir weitergehen, um andere große Fragen zu klären. Wir werden entscheidende Fragen zur Zukunft der Union klären müssen: Wo sind die Grenzen? Welche Finanzierung für welche Politiken? Wie können wir die Union weiterhin mit dem System der nationalen Beitragszahlungen finanzieren, von dem unsere Mitbürger nichts verstehen und das dazu führt, dass jeder Mitgliedsstaat nur noch im Sinne seiner eigenen finanziellen Interessen denkt statt sich dem europäischen Gemeinwohl verpflichtet zu sehen? Wir müssen das neue Aufrollen der gemeinsamen Politiken und des finanziellen Rahmens der Union, das für 2008 vorgesehen ist, nutzen, um diese Fragen offen anzugehen.

Sie geben Anlass zu einer großen demokratischen Diskussion und nicht zu einer rein diplomatischen Übung, die sich auf abgeschirmte Verhandlungen unter Fachleuten oder Eingeweihten beschränkt. Warum nicht an einen großen Konvent denken, dessen Mitglieder anhand einer demokratischen Debatte, insbesondere in den nationalen Parlamenten, bestimmt werden? Er könnte nach den europäischen Wahlen 2009

zusammentreten. So wäre der europäische Wahlkampf die Gelegenheit für eine echte Grundsatzdiskussion über die Zukunft der Europäischen Union und die Vertreter im Europaparlament würden so ein klares demokratisches Mandat erhalten.

Ich denke ferner, dass dieser Konvent über den Vertrag hinausgehen müsste. Mit 25 oder 27 Mitgliedern zum Beispiel wird es schwierig, einstimmige Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig wissen wir aber, dass es unwahrscheinlich ist, im Steuerbereich, bei Sozialem oder in der Außenpolitik zur qualifizierten Mehrheit überzugehen. Warum also nicht über einer „superqualifizierte“ Mehrheit nachdenken, mit der die Blockade bei bestimmten Themen, wie z.B. dem Steuerwesen, aufgehoben werden kann?

Schließlich möchte ich an einige Fakten über die Grenzen Europas erinnern. Das Scheitern der Volksabstimmung in Frankreich und in den Niederlanden ist zum Teil auf eine Ablehnung eines grenzenlosen Europas zurückzuführen. Ich bedauere, dass die führenden Politiker in Europa das nicht berücksichtigt haben. Ich habe gesagt, dass keine neuen Erweiterungen vorgenommen werden dürfen, solange keine Entscheidung über neue Institutionen gefallen ist. Innerhalb von drei Jahren, zwischen 2004 und 2007, wird die EU sich von 15 auf 27 Mitgliedsstaaten vergrößert haben. Es ist höchste Zeit, über ihre Aufnahmekapazität und darüber nachzudenken, was wir gemeinsam tun wollen. Die Aufnahme eines neuen Mitglieds ist in erster Linie eine Entscheidung, welche die Europäische Union für sich selbst trifft, je nach ihren eigenen Zielen und unter Berücksichtigung ihrer Möglichkeiten und des gemeinsamen Willens ihrer Völker, bevor sie zu einer außenpolitischen Entscheidung der EU wird und von ihrem Anliegen abhängt, Reformen in anderen Ländern anzuregen. Und da diese Frage beim Europäischen Rat kommenden Juni angesprochen werden soll, möchte ich, dass man diesem Konzept der Aufnahmekapazität einen präzisen Inhalt gibt und es operationell macht: Die Überprüfung der Aufnahmekapazität der Union ist bei jeder Etappe eines Erweiterungsprozesses nötig, nicht nur bei dessen Abschluss.

Ich mache einen sehr einfachen Vorschlag. Wie in Europa noch nicht genügend bekannt ist, sieht die französische Verfassung vor, dass alle kommenden Erweiterungen per Volksabstimmung entschieden werden. Um diese Termine gut vorzubereiten, möchte



ich, dass die nationalen Parlamente die Beitrittsverhandlungen stärker kontrollieren, die mit Kroatien und der Türkei eröffnet wurden. Denn ich stelle fest, dass die Einstimmigkeitsregelung bei den Beitrittsverhandlungen keine echte Garantie ist, denn die Praxis zeigt, dass kein Mitgliedsstaat derjenige sein will, der den Beitritt eines anderen Landes verhindert. Je wichtiger das Beitrittsland ist, desto greifbarer ist diese politische Gegebenheit. Ich wünsche mir also, dass die nationalen Parlamente die EU immer dann kontrollieren, wenn sie eines der 35 Kapitel des Gemeinschaftsacquis in Abstimmung mit ihren Beitrittskandidaten abschließen will [nach dem Modell von Artikel 88-4 unserer Verfassung, der dies bereits für Gemeinschaftsregelungen und –richtlinien vorsieht].

Ich wünsche mir parallel dazu die Ausarbeitung eines Status der privilegierten Partnerschaft der Europäischen Union für diejenigen unserer Nachbarn, die nicht dazu bestimmt sind, Mitglieder zu werden. Welches sind die Länder, die eine privilegierte Partnerschaft mit der Union eingehen sollen? Dies ist die erste Frage, die wir uns stellen müssen. Ich denke hier an alle Länder des Euromed-Prozesses, aber auch an einige andere Anrainerstaaten der EU. Wie sollen wir diese privilegierte Partnerschaft umsetzen? Die schnellste und wirksamste Methode wäre sicher, alle Gemeinschaftsregeln bezüglich des Binnenmarktes und vor allem alle Fachregelungen identisch zu übernehmen. Dieser große Binnenmarkt wird für uns nur annehmbar sein, wenn er nicht zu einer Minderung der Qualität der Produkte und der Kontrollen führt. Aber wir müssen weitergehen und den privilegierten Partnern vorschlagen, sich an bestimmten europäischen Politiken zu beteiligen, damit die EU deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördert. Diese aus 800 Millionen Verbrauchern bestehende Wohlstandszone muss eine gemeinsame Handelspolitik haben. Ich sehe nur Vorteile darin, dass erweiterte Formen der Zusammenarbeit bei bestimmten Forschungsprogrammen wie Galileo oder bei der Bildung entstehen.

Meine Damen und Herren, nach den Gründervätern hatten General de Gaulle und Konrad Adenauer gezeigt, dass europäisches Streben und Realismus vereinbar sind. Unter ihrem Einfluss wurden bedeutende Fortschritte bei der Integration in den 60er Jahren, vor allem bei der GAP, gemacht. Es war eine Zeit, zu der Politik und Handeln die



europäische Theologie hinter sich ließen. Ich lade die Europäer also zum Handeln ein. Ich höre dauernd, dass man in Sachen Europa geduldig sein muss. Ich gebe gerne zu, dass man Schritt für Schritt vorgehen muss, aber unsere Völker erwarten eine klare Perspektive und konkrete Projekte. Wir dürfen nicht mehr länger warten.

Dies ist die einzige Möglichkeit, Europa populär zu machen.